



Bericht aus Berlin

16. Dezember 2022

Liebe Freundinnen und Freunde,

für viele Kunden, die auf die Auslieferung ihres neuen E-Autos warten, dürfte sich die Vorfreude gerade gründlich eintrüben. Grund ist die Änderung der Förderrichtlinien zum Jahreswechsel: Reine Elektrofahrzeuge werden je nach Kaufpreis nur noch mit 3000 oder maximal 4500 Euro bezuschusst, Plug-In-Hybride fallen sogar komplett aus der Förderung. Der Haken: Entscheidend ist nicht das Datum der Bestellung, sondern das der Zulassung. Und zwischen Bestellung und Zulassung liegen bei den derzeitigen Lieferproblemen der Händler oft viele Monate. Wer damals im Vertrauen auf staatliche Förderung ein umweltverträgliches E-Auto geordert hat, wird nun also kräftig draufzahlen müssen. Wir als Union sehen die Notwendigkeit, die als Anschub gedachte Förderung der E-Mobilität mit zunehmender Marktdurchdringung zurückzufahren. Allerdings darf der Staat dabei nicht wortbrüchig werden. Wer im guten Glauben an eine staatliche Förderung sein Auto bestellt hat, muss diese auch erhalten. Ansonsten droht hier ein ähnliches Debakel wie bei der von Robert Habeck quasi über Nacht gekippten KfW-Förderung für Neubauten. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen sich die Menschen auf den Staat verlassen können. Es wäre ein verheerendes Signal, wenn ausgerechnet der Gesetzgeber seine Versprechen bricht und das Vertrauen in den Staat massiv beschädigt. Deshalb fordert die CDU/CSU-Fraktion eine Vertrauensschutzregelung beim Umweltbonus, die betroffenen E-Fahrzeug-Käufern Planungssicherheit gibt.

Zum ureigenen Verantwortungsbereich des Staates gehört die Bundespolizei. Sie ist die zentrale Säule der inneren Sicherheit Deutschlands.

Rund 54.000 Bundespolizistinnen und Bundespolizisten schützen unsere Landesgrenzen, sichern den Bahn- und Luftverkehr. Ein weiterer Aufgabenbereich sind die Schleusungskriminalität sowie banden- und gewerbsmäßige Eigentumsdelikte. Diese wichtige – und oft auch gefährliche – Arbeit verdient Anerkennung, vor allem aber auch mehr Unterstützung. Mit einem Antrag fordert die Unionsfraktion deshalb, die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen, um die Bundespolizei personell, technisch und organisatorisch angemessen auszustatten. Absolut verzichtbar sind für uns ideologische Maßnahmen der Ampel, die einmal mehr vom tiefen Misstrauen gegen die Polizei geprägt sind. Eine Kennzeichnungspflicht – also Durchnummerierung - von Beamten im Einsatz ist ebenso überflüssig wie der geplante zusätzliche Posten eines „Polizeibeauftragten“.

Allen, die sich in Deutschland in einem Polizeistaat wähnen, sei an dieser Stelle ein Blick in den Iran empfohlen. Hier klammert sich ein Terror-Regime mit brutaler Gewalt an die Macht – und trifft dabei auf mutige Bürger, die sich in ihrem Protest trotz drakonischer Strafen bis hin zur Todesstrafe nicht einschüchtern lassen. Insbesondere Frauen wollen sich nicht länger dem Diktat der Ayatollahs unterwerfen und stehen für ihre Freiheitsrechte ein. Hier ist es lange überfällig, dass Außenministerin Annalena Baerbock ihren schönen Worten von der feministischen Außenpolitik Taten folgen lässt. Doch inzwischen scheinen der Ampel sogar die Worte auszugehen: Bundeskanzler Olaf Scholz hielt es in seiner aktuellen Regierungserklärung nicht einmal für nötig, den Iran, der gerade erneut todbringende Drohnen an Russland geliefert hat,

Seite 1

Mark Helfrich

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon 030 227 78174

Fax 030 227 70175

mark.helfrich@bundestag.de

www.mark-helfrich.de



Bericht aus Berlin

16. Dezember 2022

überhaupt zu erwähnen. Ein außenpolitisches Armutszeugnis! Die mutigen Menschen im Iran verdienen mehr Unterstützung – dazu gehören für die Union durchgreifende Sanktionen, eine Einstufung der Revolutionsgarden als terroristische Vereinigung und eine Neubewertung des Atomabkommens, das durch die fortschreitenden nuklearen Aufrüstungsbestrebungen des Irans ohnehin Makulatur ist.

Ein Schuss in den Ofen – beziehungsweise die Heizung – sind die diversen Energiepreisbremsen der Ampel, zu denen ich am Donnerstag im Parlament gesprochen habe. Was das Wirtschaftsministerium hier vorlegt, lässt wieder einmal jeden Sachverstand vermissen. Statt Wettbewerb zu erhalten und Anreize für sinkende Preise zu setzen, zahlt der Staat einfach die Zeche – am meisten Geld gibt es bei den teuersten Verträgen. Marktwirtschaft geht anders! Aus den Augen verloren hat der Wirtschaftsminister dabei das Rückgrat unserer Wirtschaft: Die vielen kleinen und mittleren Betriebe, die jetzt dringend auf Hilfe angewiesen wären, werden weiter auf Härtefallregelungen in der Zukunft vertröstet. Wenn man denn irgend etwas Positives entdecken möchte, dann dass die Forderung der Union nach einer Einbeziehung von Öl-, Holz- oder Flüssiggaskunden aufgegriffen wurde. Die Umsetzung dieser überfälligen Maßnahme kann allerdings nur ein grüner Philosoph praktikabel finden: Rund 13,5 Millionen Haushalte sollen zur Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung zu ihrer Brennstoffrechnung genötigt werden – bei einer Fördersumme, die voraussichtlich gerade einmal für 900.000 Haushalte reichen wird. Sie wollen trotzdem an der Habeck'schen Heizungslotterie teilnehmen?

Dann seien Sie bitte vorsichtig und setzen Sie alles daran, selbst kleinste Flüchtigkeitsfehler zu vermeiden.

Falsche Versicherungen an Eides statt können laut Gesetzbuch mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet werden. Womit sich der Kreis in diesem Bericht aus Berlin schließt: Bürger sollten auf den Staat vertrauen können, der Staat sollte seinen Bürgern trauen – die Ampel, so zeigt auch dieser Gesetzentwurf einmal mehr, hat offenkundig ein grundlegend anderes Staatsverständnis.

Meine Rede finden Sie auf meiner Homepage.

In seinem Bericht an die Bundestagsfraktion, den ich Ihnen und Euch in der Anlage übersende, geht der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz MdB, auf folgende Themen ein:

- Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie gesegnete Weihnachten und einen guten Rutsch in ein gesundes und friedliches Neues Jahr 2023.

Ihr/Euer
Mark Helfrich



Friedrich Merz MdB, Vorsitzender

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

am 13. Dezember 2022

20. WP/ 24

I. Kernbotschaften der Woche

„Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen“

Ausgelöst durch den Tod der 22-jährigen Iranerin Mahsa „Jina“ Amini im Polizeigewahrsam finden seit dem 16. September großflächige Proteste im Iran statt. Die Proteste stellen das politische System der „Islamischen Republik“ und deren Führer Ayatollah Ali Chamenei in Frage. Berichte von Menschenrechtsgruppen sprechen von über 400 Toten und mehreren tausend Verletzten seit Beginn der Proteste, darunter auch viele Frauen und Kinder. Die Sicherheitsbehörden gehen mit großer Brutalität gegen die Proteste vor. Inzwischen kam es bereits zur Verhängung und öffentlichen Vollstreckung von Todesurteilen gegen Protestierende. Die mutigen Demonstranten im Iran verdienen unsere Unterstützung und unseren Respekt.

In unserer Fraktionssitzung am 13. Dezember waren wir im Austausch mit der Iran-Expertin und ehemaligen ARD-Korrespondentin in Teheran, Natalie Amiri. Darüber hinaus setzen wir unseren Antrag „Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen“ erneut auf und unterstreichen so unsere Forderungen an die Bundesregierung: Deutschland muss die Protestbewegung entschlossen unterstützen. Die EU-Sanktionen gegen Akteure der iranischen Regierung, die aktiv die Rechte der Frauenbewegung unterdrücken, müssen ausgeweitet werden. Deutschland muss im EU-Rahmen entschiedener und schneller handeln. Die EU muss zudem die iranischen Revolutionsgarden (IRGC) als terroristische Vereinigung listen. Darüber hinaus fordern wir eine Neubewertung des Nuklearabkommens (JCPOA) mit dem Iran.

Die Bundesregierung muss in dieser historischen Chance mehr tun, um die mutigen Menschen im Iran zu unterstützen. Die Situation der unterdrückten Frauen im Iran ist der Lackmustest für die Bundesaußenministerin.

Fachgespräch „Europäische Krisenresilienz stärken, hybride Bedrohungen abwehren“ am Mittwoch, 14. Dezember ab 14:00 Uhr

Die Ereignisse der letzten Monate, seien es der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, Anschläge gegen Gaspipelines und Bahninfrastruktur sowie fortwährende Cyberangriffe gegen private und öffentliche Institutionen haben gezeigt, wie verwundbar die kritische Infrastruktur in Deutschland ist. Klar ist: Wir müssen alles tun, um den Schutz unserer KRITIS zu stärken – sowohl gegen Cyberbedrohungen als auch „offline“. Dies ist zunächst eine nationale Aufgabe, die aber nicht ohne Zusammenarbeit in Europa und in der NATO funktionieren kann.

In Deutschland befinden sich etwa 80 Prozent der KRITIS in privatwirtschaftlicher Hand. Gleichzeitig ist die Regulierung bisher vornehmlich auf den Schutz vor Cyberbedrohungen bezogen. Welche Fortentwicklung dieser Regulierung brauchen wir? Welche Bedeutung müssen wir zukünftig wieder physischen Angriffsvektoren zurechnen? Welche zusätzlichen Maßnahmen und Ressourcen sind nötig, um unsere Infrastruktur zu schützen?

Zu diesen Fragen organisiert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Mittwoch, 14. Dezember ein hochkarätig besetztes Fachgespräch, sowohl in Präsenz im Fraktionsvorstandssaal als auch online via WebEx. Die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas wird ein digitales Grußwort halten.

WebEx-Meeting-Kennnummer (Zugriffscodex): 2732 450 4782

WebEx-Meeting Passwort: EpJvFW9yC32

Hier gelangen Sie direkt zum [Meeting](#).

II. Die Woche im Parlament

1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

Die Bundespolizei ist eine zentrale Säule der inneren Sicherheit in Deutschland. Nach einer beispiellosen Erfolgsgeschichte der personellen Stärkung unter Bundesinnenministern von CDU und CSU setzen sich heute rund 54.000 Bundespolizistinnen und Bundespolizisten Tag für Tag für unsere Sicherheit und unser Leben in Freiheit ein. Sie schützen 3.831 Kilometer Land-

und 888 Kilometer Seegrenze, sichern 33.399 Kilometer Bahngleise und etwa 5.700 Bahnhöfe und sorgen an 13 großen deutschen Flughäfen für die Sicherheit des Luftverkehrs. Sie bewachen Verfassungsorgane und Bundesministerien, unterstützen die Länderpolizeien bei Großeinsätzen und leisten Hilfe in internationalen Missionen. Sie verfolgen und bekämpfen Schleusungskriminalität, banden- und gewerbsmäßige Eigentumsdelikte sowie sonstige Straftaten in ihrem Aufgabenbereich. Zur Erfüllung ihres wichtigen Auftrags benötigt die Bundespolizei vor allem drei Dinge: Ausreichend Personal, das angemessen bezahlt wird, eine moderne Ausstattung und zeitgemäße Handlungsbefugnisse. Mit unserem Antrag, den wir in dieser Woche in erster Lesung beraten, fordern wir deshalb: **Die Bundespolizei weiter stärken.** Die Bundespolizei benötigt jetzt eine noch bessere Ausstattung. Dafür müssen die notwendigen Mittel im Bundeshaushalt bereitgestellt werden. Verzichten sollte die Bundesregierung dagegen auf ideologisch motivierte Maßnahmen, die Ausdruck von Misstrauen gegenüber der Bundespolizei sind: Für eine Kennzeichnungspflicht, z. B. durch die Nummerierung von Polizeibeamtinnen und -beamten im Einsatz, und für die Schaffung des neuen Postens eines „Polizeibeauftragten“ besteht keine Notwendigkeit.

Die Bundesregierung hat die Förderung von Elektrofahrzeugen (sog. Umweltbonus) in diesem Jahr neu ausgerichtet. Ab 2023 werden die Förderbedingungen geändert. Künftig fallen Plug-In-Hybride komplett aus der Förderung und Elektroautos werden je nach Kaufpreis lediglich noch mit 3.000 bzw. 4.500 Euro gefördert. Für die Förderung kommt es auf den Zeitpunkt der Zulassung des Fahrzeugs und die Antragstellung, aber nicht auf die Bestellung an. Diese Entwicklung war aber für viele Käufer beim Zeitpunkt ihrer Bestellung nicht absehbar – zumal aufgrund der weltweiten Lieferkettenprobleme sich die Lieferzeiten teilweise auf über ein Jahr verlängert haben. Nun werden viele Autohändler samt Kunden zum Jahresende von der Bundesregierung im Regen stehen gelassen. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb: **Planungssicherheit und Vertrauen beim Umweltbonus herstellen.** Für die betroffenen E-Fahrzeug-Käufer muss eine Vertrauensschutzregelung getroffen werden.

Die Bundesregierung plant zum Ende des Jahres 2022 eine nationale Ausweitung des europäischen Öl-Embargos gegen Russland auf durch Pipelines nach Deutschland transportiertes Öl. In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung angekündigt, die ostdeutschen Raffinerien auf alternativen Transportwegen vollständig mit dem benötigten Öl zu versorgen, die ausreichende Versorgung Ost- und Mitteldeutschlands mit Treibstoff sicherzustellen und eine Garantie für den Erhalt von Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Infrastruktur an den ostdeutschen Raffinerie-Standorten zu geben. Wir bringen in dieser Woche deshalb den Antrag **Verlässliche**

Rahmenbedingungen für die PCK Schwedt ein. Darin fordern wir, dass die Bundesregierung diese Zusagen einhält und deren Umsetzung zum Beginn des zusätzlichen nationalen Pipeline-Embargos nachweislich garantieren kann.

Unternehmen entlasten – Den Start des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes am 1. Januar 2023 in der Krise aussetzen und nach der Krise bürokratiearm umsetzen. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) wird ab dem 1.1.2023 angewandt. Unternehmen ab einer bestimmten Größe wird durch das LkSG aufgegeben, bestimmte Sorgfaltspflichten zu beachten und so menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Risiken vorzubeugen. Die Unionsfraktion unterstützt das Ziel des Gesetzes, das Notwendige und das Machbare zu vereinen und eine Lösung aufzuzeigen, die wirksam für die Menschenrechte und gleichzeitig für die Wirtschaft leistbar ist. Umso wichtiger ist es, dass die im LkSG sorgsam gefundene Balance weder durch eine überbordende innerstaatliche Umsetzung noch durch eine übermäßige europäische Regelung in Frage gestellt wird. Die deutsche Wirtschaft hat sich wiederholt zu ihrer Verantwortung im Hinblick auf globale Standards zum Schutz der Menschenrechte in globalen Lieferketten bekannt. Allerdings sind die Unternehmen in unserem Land gegenwärtig in ungeahnter Weise belastet. Deshalb bedarf es jetzt eines regulatorischen Innehaltens und einer Aussetzung der Anwendung des LkSG. In unserem Antrag fordern wir deshalb, den Start des LkSG auf den 1. Januar 2025 zu verschieben und die anschließende Anwendung so bürokratiearm wie möglich auszugestalten.

Die Auswirkungen der Energiekrise kommen zunehmend in den Hochschulen des Landes an und gefährden das wissenschaftliche Arbeiten und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Bundesregierung darf die Hochschulen in dieser Zeit nicht allein lassen. In unserem Antrag, den wir in erster Lesung beraten, fordern wir deshalb: **Hochschulen in die Härtefallregelung der Energiepreisbremse aufnehmen – Schutzschirm für wissenschaftlichen Nachwuchs spannen.** Konkret erwarten wir, dass die Bundesregierung die Hochschulen in Deutschland bedarfsgerecht und analog zu außeruniversitären Forschungseinrichtungen in die Härtefallregelung der Strom- und Gaspreisbremse aufnimmt. Darüber hinaus soll die Bundesregierung die Härtefallregelung für den wissenschaftlichen Nachwuchs an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen öffnen und bedarfsgerecht finanziell auszubauen.

Wir setzen uns für eine Reform der Geschäftsordnung des Bundestages ein und fordern in unserem Antrag: **Die Demokratie stärken – Klare Reformen für ein modernes und bürgernahes Parlament.** Wir wollen die Regierungsbefragung dynamischer machen und dazu eine Kanzlerbefragung pro Quartal einrichten, die zukünftig 120 Minuten dauern soll. Technische

Fachvorlagen sollen zukünftig in den Ausschüssen abschließend beraten werden können – dann bleibt im Plenum mehr Zeit für das Wesentliche. Die Fragestunde soll zudem zukünftig auch in den Ausschüssen stattfinden. Darüber hinaus fordern wir mehr Digitalisierung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Mandat – etwa, indem Abstimmungen gebündelt und elektronisch durchgeführt werden können. Bedauerlicherweise konnten sich die Regierungsfractionen nicht zu einer echten Reform, sondern nur zu einem Reförmchen durchringen. Über deren Vorschläge stimmen wir ab mit dem Entwurf der Koalition für eine **Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages hier: Ausschusstransparenz und Regierungsbefragung**. Besonders misslich ist, dass die Koalition bei der Regierungsbefragung jetzt sogar einen Schritt zurückgeht. Denn anders als bisher soll künftig allein die Bundesregierung bestimmen dürfen, welche Minister an der Regierungsbefragung teilnehmen. Das ist eine echte Schwächung des Parlaments im Verhältnis zur Bundesregierung.

Die Ampel vernachlässigt mit ihrem Kurs in der Breitbandförderung einmal mehr den ländlichen Raum und schafft mit dem noch bis zum Frühjahr 2023 andauernden Antragsstopp eine riesige Lücke in der Breitbandförderung. Wir fordern deshalb: **Antragsstopp bei der Breitbandförderung sofort beenden**. Mit unserem Antrag dringen wir darauf, unverzüglich den Entwurf einer neuen Breitband-Förderrichtlinie auszuarbeiten und den Beteiligten – insbesondere Länder und Kommunen – vorzustellen. Wir brauchen zudem endlich einen Zeithorizont, bis wann voraussichtlich die neue Förderrichtlinie in Kraft tritt und neue Förderanträge gestellt werden können. Darüber hinaus erwarten wir, dass Kommunen ihre bereits geleisteten Vorarbeiten – insbesondere Markterkundungsverfahren – nach der alten Förderrichtlinie auch für Anträge nach der neuen Förderrichtlinie verwenden können. Die Bundesregierung muss durch Priorisierung und Umschichtung im Bundeshaushalt sicherstellen, dass ausreichend Mittel für den Breitbandausbau zur Verfügung stehen.

In abschließender Beratung befassen wir uns mit unserem Antrag **Einen Ansprechpartner für die Kreativwirtschaft wie zugesagt benennen – Sorgen der Kulturbranche anhören und handeln**. Mit der Benennung des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Kellner als Ansprechpartner für die Kreativwirtschaft Anfang Oktober 2022 hat die Bundesregierung eine unserer Kernforderungen – zwar spät, aber immerhin – entsprochen. Aber weiterhin gibt es keine Klarheit über die Zukunft bzw. weitere Ausgestaltung des "Sonderfonds für Kulturveranstaltungen", über den Veranstalter seit 2020 Corona-Ausfallhilfen erhalten. Deshalb debattieren wir parallel dazu einen weiteren Antrag, mit dem wir fordern: **Ausfallsicherung von Veranstaltungen durch den Sonderfonds des Bundes für**

Kulturveranstaltungen nicht beenden – Insolvenzrisiko von Veranstaltungsunternehmen minimieren und Verbraucherschutz gewährleisten. Die Ausfallsicherung darf nicht beendet werden, denn die Veranstaltungsbranche ist weiterhin auf diese Ausfallhilfen angewiesen.

Zwischen 2021 und 2027 sollen bis zu 300 Mrd. Euro für nachhaltige Infrastrukturinvestitionen in Entwicklungsländern über die EU-Initiative „Global Gateway“ mobilisiert werden. Mit unserem Antrag **Global Gateway der Europäischen Union zu einem Erfolg machen** fordern wir ein aktives Engagement der Bundesregierung für „Global Gateway“. Die Bundesregierung wird aufgefordert, konkrete gemeinsame Projekte zu identifizieren und vorzuschlagen. Hierbei soll sie selbst aktiv sein und zugleich den engen Austausch mit der Privatwirtschaft suchen. Zudem sollen die staatlichen deutschen Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden. Wichtig ist weiterhin die Abstimmung mit den transatlantischen Partnern. „Global Gateway“ zu einem Erfolg zu machen, ist im Interesse Deutschlands, der EU und der beteiligten Partnerländer.

2. Sonstige Tagesordnungspunkte

In abschließender zweiter und dritter Lesung beraten wir die – endlich – von der Koalition vorgelegten Maßnahmen zur Energiepreisdeckelung: Das **Gesetz zur Einführung einer Preisbremse für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme und zur Änderung sonstiger Vorschriften** sowie das **Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse**. Die Politik der Bundesregierung hat in den letzten Monaten zu einer großen Verunsicherung der Haushalte und Unternehmen geführt – etwa durch die geplante Gasumlage, die den Preis noch weiter verteuert hätte. Wäre stattdessen der Sommer konsequent genutzt worden, hätten die Preisbremsen schon zum Winter greifen können. Da sie nun erst ab März 2023 kommen, baut die Ampel mehrere Notlösungen drum herum. Ergebnis ist ein überaus kompliziertes Geflecht, das viele Fragen der Umsetzung aufwirft.

In erster Lesung befassen wir uns mit dem Entwurf der Koalition für ein **Gesetz zur Kennzeichnung von Lebensmitteln mit der Haltungsform der Tiere, von denen sie gewonnen wurden (Tierhaltungskennzeichnungsgesetz)**. Damit wird eine verbindliche Haltungskennzeichnung bei Lebensmitteln tierischen Ursprungs eingeführt. Lebensmittel, für die eine Kennzeichnungspflicht eingeführt wird, sind bei Abgabe an den Endverbraucher mit einer Information über die Haltungsform der Tiere zu versehen. Erfasst werden soll zum jetzigen Zeitpunkt frisches Fleisch von Mastschweinen, die in Deutschland gehalten worden sind. Wir sehen den Entwurf kritisch: Der Entwurf hat keinen Mehrwert für landwirtschaftliche

Tierhalter und Verbraucher. Die Beschränkung auf Kennzeichnung von frischem Schweinefleisch führt dazu, dass der gesamte Bereich der Verarbeitung sowie der Außer-Haus-Verpflegung (Kantinen, Mensen, Restaurants) nicht berücksichtigt wird. Zudem werden bekannte und bewährte privatwirtschaftliche Systeme wie die "Initiative Tierwohl" durch die vorgesehene Form der Kennzeichnung in ihrer Existenz gefährdet. Landwirte haben gegenüber ausländischen Erzeugern einen erheblichen Wettbewerbsnachteil, denn Fleisch aus dem Ausland wird nicht verpflichtend gekennzeichnet.

III. Wichtige Termine und Ausblick

1. Inland:

- 13. Dezember: Bewegungsgipfel mit BMn Faeser und BM Lauterbach,
- 13. Dezember: Statistisches Bundesamt: Inflationsrate November,
- 13. Dezember: Verkehrspolitische Konferenz von DGB und Verdi zum 49-Euro-Ticket mit BM Wissing,
- 13. Dezember: Normenkontrollrat übergibt Jahresbericht an BM Buschmann,
- 14. Dezember: Geldpolitische Entscheidung US-Notenbank Fed,
- 15. Dezember: Geldpolitische Entscheidung EZB,
- 16. Dezember: Konjunkturprognose der Bundesbank,
- 17. Dezember: BK Scholz eröffnet LNG-Terminal in Wilhelmshaven (mit BM Habeck, MP Weil).

2. Außen/EU:

- 13. Dezember: EU-KOM: Sicherheitspaket (RL zur Bekämpfung des Menschenhandels),
- 13. Dezember: Internationale Hilfskonferenz für die Ukraine in Paris,
- 13. Dezember: Sonder-Energieministerrat (Gaspreisdeckel),
- 13. Dezember: Rat für Allgemeine Angelegenheiten (Vorbereitung ER, Erweiterung, Transparenz politischer Werbung, Dialog Rechtsstaatlichkeit, Europäisches Semester),
- 13. Dezember: BK Scholz empfängt Premierminister von Singapur, Teilnahme an der Taufzeremonie zweier U-Boote für Singapur in Kiel,
- 14. Dezember: EP verleiht Sacharow-Preis an das ukrainische Volk,
- 14. Dezember: Jubiläumsgipfel EU-ASEAN (1. Gipfel der Staats- und Regierungschefs),
- 15./16. Dezember: Europäischer Rat (Ukraine, Energie, Sicherheit und Verteidigung, südl. Nachbarschaft, transatlantische Beziehungen),
- 18. Dezember: Finale Fußball-Weltmeisterschaft